

II-10317 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 000060

WIEN. 23. Ji. 1993

Zl. 1000.30.05/39-I.3/93

Schriftliche Anfrage
der Abgeordneten Dr. JANKOWITSCH,
SCHMIDTMEIER und Genossen
betreffend EG-Newsletter

4663 IAB

1993-06-25

zu 4778/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Parlament

W i e n

Die Abgeordneten Dr. JANKOWITSCH, SCHMIDTMEIER und Genossen haben am 6. Mai 1993 unter der Zahl 4778/J-NR/1993 an mich folgende Anfrage betreffend "EG-Informationstätigkeit der Bundesregierung, Aktivitäten des BMfaA" gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

A n f r a g e

- 1) Welche Gründe veranlassen Sie, trotz der von der Bundesregierung mehrfach beschlossenen Konzentration der EG-Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskanzleramt bzw. seinem Europa-Staatssekretär eine eigene EG-Informationstätigkeit zu entwickeln?
- 2) Ist bezüglich Art und Inhalt der von Ihnen geplanten Publikationen das Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt bzw. mit dem Staatssekretariat für Europafragen hergestellt worden?
- 3) Ist die von Medien in diesem Zusammenhang angestellte Vermutung richtig, daß Sie "mit der Öffentlichkeitsarbeit der offiziellen EG-Kampagne nicht zufrieden" sind?

- 2 -

4) Welchem Personenkreis sollen die von Ihnen geplanten Publikationen, insbesondere der monatlich erscheinende EG-Newsletter zugänglich gemacht werden?

5) Wie hoch sind die Kosten, die 1993 für diese parallele EG-Informationstätigkeit seitens Ihres Bundesministeriums vorgesehen sind?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1) Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat bereits seit dem Jahre 1987 der EG-Informationsarbeit großes Augenmerk geschenkt. Seit dem 8. Mai 1989 steht im Rahmen des Ressorts ein EG-Telefon für Anfragen zur Verfügung. Seitens der Bundesregierung wurde darüberhinaus mehrfach festgehalten, daß die EG-Informationsarbeit Angelegenheit der gesamten Bundesregierung ist und daher jedes Ressort im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beizutragen hat. Als Leiter der österreichischen Verhandlungsdelegation erachte ich es im Rahmen dieses Auftrags der Bundesregierung daher als meine Pflicht, über den Fortgang dieser Verhandlungen möglichst umfassend zu informieren. Es soll über das Parlament, die Landtage, aber auch über andere politische, soziale und wirtschaftliche Willensträger für ein besonderes, über das normal Übliche hinausgehende Maß an Information der Öffentlichkeit gesorgt werden. Diesen Zweck soll der EG-Newsletter erfüllen. Es handelt sich dabei nicht um eine ins Einzelne gehende Detailinformation, sondern um eine Kurzdarstellung, die in geraffter und übersichtlicher Form den Entscheidungsträgern und Meinungsmultiplikatoren im staatlichen und politischen Bereich sowie im Bereich der

./3

- 3 -

Interessenvertretungen einen Überblick über jene Themen verschaffen soll, die in Brüssel verhandelt werden bzw. allenfalls schon abgehandelt wurden. Auf diese Weise sollen Kontrollen über die bisher verhandelten Gegenstände ermöglicht und Rückfragen betreffend detaillierte Informationen zu einzelnen Themen erleichtert werden. Ich betrachte diese Informationstätigkeit meines Ressorts nicht als Konkurrenzierung, sondern als Ergänzung der Tätigkeit des Staatssekretariats für Integration und Entwicklungszusammenarbeit.

ad 2) Mein Ressort ist mit dem Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit naturgemäß in ständigem Kontakt. Die Nr. 1 des EG-Newsletters wurde selbstverständlich auch dem Staatssekretariat zur Verfügung gestellt; das Büro von Frau Staatssekretärin Ederer hat daraufhin mein Ressort ersucht, noch weitere 1.500 Stück des Newsletters für die Verteilung durch das Staatssekretariat zur Verfügung zu stellen, was umgehend erfolgte. Für die Zukunft hat das Staatssekretariat einen Bedarf von 1000 Stück pro Auflage angemeldet.

ad 3) Wenn man sich die Meinung der österreichischen Bevölkerung zum EG-Beitritt ansieht, wie sie durch Meinungsumfragen widerspiegelt wird, wird man feststellen müssen, daß die gesamte Bundesregierung keinen Grund zur Selbstzufriedenheit im Hinblick auf ihre Informationstätigkeit hat. Ich erachte es daher für umso wichtiger, daß jedes Ressort und gerade auch das Außenministerium als das bei den Beitrittsverhandlungen federführende Ressort seinen Anteil zur Information der österreichischen Öffentlichkeit leistet.

./4

- 4 -

ad 4) Der EG-Newsletter wird persönlich adressiert an folgenden Personenkreis versandt:

- sämtliche Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene
- Landeshauptleute
- Mitglieder der Landesregierungen
- Sozialpartner (Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Landwirtschaftskammer, etc.)
- Parteisekretariate
- Europabeauftragte verschiedener Organisationen auf Bundes- und Landesebene
- Medienvertreter
- Besonders interessierte Einzelpersonen

ad 5) Unter der Annahme, daß wie geplant im Jahre 1993 insgesamt 6 Nummern erscheinen und es bei einer Auflage von 2500 Stück sowie einem Umfang von 4 Seiten bleibt, werden sich Gesamtkosten von öS 106.804,50 (einschließlich 10 % Mehrwertsteuer) ergeben. Dazu kommen einmalige Kosten von rund öS 15.000,-- für die graphische Gestaltung.

Der Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten:

